



Pressemitteilung

Friedberg, 26. November 2022

Delegiertenversammlung der Landesärztekammer Hessen fordert Zukunftssicherung des Universitätsklinikums Gießen und Marburg

Die Delegiertenversammlung der Landesärztekammer Hessen (LÄKH) fordert die Konfliktparteien Asklepios/Rhön und die Landesregierung Hessen dazu auf, die Zukunft der universitären medizinischen Versorgung, sowie die Forschung und Lehre am Standort Gießen und Marburg zu sichern. Dieser Konflikt dürfe nicht zu Lasten der Patientinnen und Patienten, Ärztinnen und Ärzte, Medizinstudierenden sowie allen weiteren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und sämtlichen medizinischen Ausbildungsberufen, die am UKGM arbeiten, ausgetragen werden.

Aus Sicht der Delegierten ist die Notwendigkeit der universitären Versorgung am Standort Gießen und Marburg unumstritten. Wörtlich heißt es in dem Beschluss: „Insbesondere die beim Land Hessen angestellten Ärztinnen und Ärzte ermöglichen dem Universitätsklinikum Gießen und Marburg (und somit auch dem privatwirtschaftlichen Konzern Asklepios/Rhön) eine hohe Expertise im Bereich der klinischen Versorgung sowie in Forschung und Lehre.

Auch alle weiteren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des privatisierten Universitätsklinikum Gießen und Marburg sind essentiell, um die medizinische Versorgung auf höchstem Niveau aufrecht zu erhalten. Die Zukunft des Landes Hessen als Standort für universitäre Spitzenmedizin und Wissenschaft steht auf dem Spiel. In Zeiten von Fachkräftemangel auf allen Ebenen mahnen wir zudem an, dass es sowohl aus privatwirtschaftlicher Sicht als auch im Interesse des Landes Hessen sein muss, sich schnellstmöglich gütlich zu einigen.“